

Inklusion und Anarchie: Über die geistige Verwandtschaft zweier gesellschaftlicher Ideen

Wenig bekannt ist, dass es sich bei Inklusion nicht nur um eine pädagogische Idee handelt, sondern damit auch ganz bestimmte alternative Vorstellungen verbunden sind, wie die Gesellschaft als Ganzen gestaltet sein soll. Diese politische Seite von Inklusion hat einen überraschenden, »vergessenen« Verwandten.

DAVID JAHR

Deutschland streitet über Inklusion. In Lehrerzimmern werden hitzige Diskussionen geführt, wie mit dem, oft als auferlegt empfundenen Konzept umzugehen ist. In Seminarräumen der Lehrerbildung wird sich gefragt, was alles zu Inklusion dazugehört und wie sich die zukünftigen Lehrkräfte deren Ausgestaltung vorstellen können. In Talkshows werden Chancen und Probleme des vermeintlich neuen Ansatzes diskutiert. Menschen aus der Wissenschaft beziehen öffentlich Stellung in unterschiedlichen Medien. Bildungsgewerkschaften positionieren sich, Berufspolitiker und Parteien artikulieren unterschiedliche Positionen – kurzum: Inklusion ist ein Politikum.

Wohin gehört Inklusion politisch?

Inklusion ist politisch aufgeladen und das zeigt deutlich, dass diese Idee nicht nur als pädagogisches Konzept verstanden werden kann, sondern es sich hierbei auch um eine gesamt-gesellschaftsbezogene Ordnungsvorstellung handelt. Inklusion ist eine politische Idee, die sich in pädagogischen Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen entfalten soll, aber eben auch deutlich über diese hinaus reicht. Wenn Inklusion ein Politikum ist, dann müsste es sich aber auch im Feld der politischen Ideen verorten lassen. Es müsste näher bestimmt werden können, zu welcher *politischen Grundorientierung* (um nicht das im Deutschen

belastete Wort »Ideologien« zu verwenden) Inklusion die größte Nähe hat.

Eine politische Verortung von Inklusion lässt sich bereits mit einem Blick in die Programme der großen Parteien in Deutschland formulieren. Interessanterweise wird dabei eine klare Links-Rechts-Positionierung deutlich. Von den Parteien des sogenannten »linken« Spektrums – also Grüne, Linke und SPD – wird Inklusion überwiegend positiv aufgenommen. In diesen Programmen werden Vorstellungen formuliert, wie die Idee weiter ausgestaltet werden kann. In den Programmen des »rechten« Parteienspektrums wird ein anderes Bild gezeichnet. Zeigt sich die Union gegenüber Inklusion überwiegend skeptisch-zurückhaltend so findet sich bei der AfD eine unmissverständlich deutliche Ablehnung der – wie es im Grundsatzprogramm der Partei heißt – »ideologisch motivierte(n) Inklusion«. Es gibt auch Politiker, die Inklusion direkt in die Nähe einer politischen Grundorientierung stellen. Zu einer gewissen Berühmtheit hat es die Aussage des Bildungsministers von Mecklenburg-Vorpommern Mathias Brodkorb gebracht, der 2012 auf einer Tagung in Rostock »Inklusion als Kommunismus«¹ bezeichnet hat und gleich noch die Unterscheidung einer »radikalen« und einer »gemäßigten« Inklusion konstruierte.

¹ Mathias Brodkorb: *Warum Inklusion unmöglich ist. Über schulische Paradoxien zwischen Liebe und Leistung*. In: Mathias Brodkorb und Katja Koch (Hg.): *Das Menschenbild der Inklusion. Erster Inklusionskongress M-V – Dokumentation*. 2012, S. 13-36.

Das Problem mit jener Rechts-Links-Verortung im Parteienspektrum aber auch mit Behauptungen wie die des Bildungsministers Brodkorb ist die damit einhergehende starke Vereinfachung von Inklusion. Inklusion als »linkes Projekt« zu verstehen, zieht sofort die schwer zu beantwortende Frage nach sich, was denn eigentlich links ist und was denn das spezifisch Linke an Inklusion sein soll. Inklusion als radikal und als Kommunismus zu bezeichnen, wirkt eher diffamierend auf das Konzept und stellt keine ernst zu nehmende Analyse dar. Hierbei wird ein nicht-demokratisches Schreckgespenst gezeichnet und eine gebotene sachliche Diskussion eher verhindert.

In welcher geistigen Verwandtschaft steht Inklusion mit den vier großen politischen Grundorientierungen der modernen Demokratie – Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus und Anarchismus? Wie nah stehen sich Inklusion und Kommunismus (bzw. Sozialismus) und welche Überschneidungen ergeben sich zum Anarchismus? Zu welchen möglichen Konsequenzen führt das? Vor Beantwortung dieser Fragen gilt es noch anzumerken: Hier wird sich einem sogenannten »weiten« Inklusionsverständnis angeschlossen, das alle Formen menschlicher Vielfalt in den Blick nimmt. Es geht nicht um die verbreitete sonderpädagogisch verengte Variante von Inklusion, die sich nur auf Fragen der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung konzentriert. ▶



Abb. 1: Der Kompass der vier politischen Grundorientierungen.

Der Anarchismus im Kompass der politischen Grundorientierungen

Die Behauptung, dass Inklusion und Anarchismus geistig verwandt sind, könnte etwas verstören. Das liegt wohl vor allem daran, dass Anarchismus bewusst oder unbewusst mit Vorstellungen von Chaos, Gewalt oder auch Naivität assoziiert wird. Dieses wirkmächtige Bild eines undemokratischen Anarchismus hat seinen Ursprung im erbitterten historischen Ideenstreit zwischen Sozialisten und Anarchisten. Aus dieser Auseinandersetzung, in der u. a. Karl Marx und Michael Bakunin wortführend waren, ging der Sozialismus als Sieger hervor. Nicht nur ist der Anarchismus bis heute als undemokratische Nicht-Ordnung diffamiert, er ist auch nahezu vollständig verschwunden aus den Lehrplänen und Lehrbüchern der Schulen. Selbst in Nachschlagewerken der Politikwissenschaft hat er selten einen gleichberechtigten Platz. Dort werden moderne anarchistische Idee wie basisdemokratische Bewegungen, »liquide Democracy« oder Postwachstums-Ökonomie unter dem Label des *Libertarismus* geführt. Ohne auf die einzelnen Details einzuge-

hen soll diese Bezeichnung auch hier als unbelasteter Alternativbegriff zum modernen Anarchismus verwendet werden. Um aber zu verstehen, inwieweit Inklusion mit Anarchismus/Libertarismus geistig verwandt ist, muss zuerst gezeigt werden, wie diese politische Ordnungsvorstellung als eine legitime demokratische Strömung verstanden werden kann – in Bezug und in Abgrenzung zu den anderen politischen Grundorientierungen Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus. Dazu soll hier ein Orientierungsmodell – ein politischer Kompass – vorgestellt werden, den der Politikwissenschaftler und Professor für Sozialkunde an der Universität Halle, Andreas Petrik, mit Blick auf die Arbeiten des US-amerikanischen Parteienforschers Herbert Kitschelt entwickelt hat.

Petrik schließt sich dabei dem Verständnis von Demokratie als einem lernendem System an, das sich durch den gesellschaftlichen Streit über die Ausgestaltung ganz bestimmter sozialer Aufgaben bzw. *soziopolitischer Grundfragen* immer weiter entwickelt. Diese soziopolitischen Grundfragen stellen immer wiederkehrende und kontextunabhängige Schlüsselfragen mensch-

lichen Zusammenlebens dar. Sie treten in abgewandelter aber wesentlich ähnlicher Form in kleinen Freundeskreisen ebenso auf wie in großen Staatswesen – immer eben dort, wo sich zwischenmenschliches Zusammenleben ausgestaltet. Direkt oder indirekt müssen sowohl Individuen als auch gesellschaftliche Gruppen wie Parteien und soziale Bewegungen zu diesen Grundfragen eine Position entwickeln, eben weil diese soziopolitischen Grundfragen ganz *elementare* Konflikte darstellen. Mit Blick auf die Arbeit des Erziehungswissenschaftlers Wolfgang Klafki, der eine Liste mit Schlüsselproblemen als epochaltypische Aufgaben der Menschheit formulierte, definiert Petrik schließlich zehn soziopolitische Grundfragen, die verdichtet und durch jeweils zwei Antwortkategorien konkretisiert folgendermaßen lauten:

Wie wollen wir ...

1. Entscheidungen treffen (Autoritäten oder dezentrale direkte Mitbestimmung)?
2. Konflikte lösen und Regelbrüche sanktionieren (Strafen und Abschreckungen oder gewaltlose Kommunikation und Wiedergutmachung)?

3. einen Lebenssinn finden (religiöses oder säkulares Regel- und Sinnfundament)?

4. Fremde integrieren (partielle oder universelle Zugehörigkeit)?

5. mit verschiedenen Lebensstilen umgehen (Leitkultur oder Individualismus)?

6. Güter herstellen und Eigentum erwerben (freie Wirtschaft oder öffentliche Regulierung)?

7. Güter verteilen und Bedürfnisse befriedigen (Lohn nach Leistung oder angemessene Einkünfte)?

8. uns bilden, innovativ sein und Leistung erbringen (Fortschritt durch Konkurrenz oder durch Kooperation)?

9. das Verhältnis zu ökologischen Lebensgrundlagen bestimmen (Wirtschaftswachstum oder Umweltschutz)?

10. uns ein Bild vom Menschen machen (ist der Mensch grundsätzlich frei oder unfrei, gleich oder ungleich, festgelegt oder wandelbar, egoistisch oder kooperativ, gut oder schlecht, gewalttätig oder friedliebend)?²

Die zehn soziopolitischen Grundfragen sind unterschiedlich gelagert. Um von hinten anzufangen: Frage 10 ist die am schwierigsten zu beantwortende Frage, da alle, Menschenbilder implizit in sich tragen und diese nur sehr schwer einfach so erklärt werden können. Menschenbilder treten v. a. in solchen Streitigkeiten hervor, in denen es um grundsätzliche Fragen geht. Implizite Vorstellungen vom Wesen des Menschen sind in den möglichen Antworten auf die anderen neun Fragen mit enthalten – sie sind gleichsam das Wertefundament, von dem aus Menschen andere Ansichten ableiten. Die neun anderen Fragen lassen sich in zwei übergeordnete Bereiche aufteilen. Fragen 1 bis 5 spielen sich in einem Feld ab, in dem es um *gesellschaftspolitische* Fragen geht, um Entscheidungsverfahren und Hierarchie. Die Fragen 6 bis 9 liegen dagegen in einem *wirtschaftspolitischen* Bereich, wo es um Gewinnung und v. a. Verteilung von Ressourcen und Besitz geht. Ein Beispiel mag verdeutlichen, wie fundamental diese beiden Bereiche für menschliche Gruppen sind: Jugendcliquen und Schulklassen entwickeln eine bestimmte Art,

wer wie das Sagen in der Gruppe hat. Es gibt Cliquen und Schulklassen mit einer starken und akzeptierten Führungsfigur und auch solche, in denen diese Hierarchie immer wieder von anderen Mitgliedern der Gruppe herausgefordert wird. Es gibt demgegenüber auch Gruppen, die eher egalitär und mit vielen Diskussionen auf der Suche nach geteiltem Einverständnis ihre Entscheidungen treffen. Neben dieser Entscheidungsfrage ist ein weiterer zentraler Konflikt in solchen Gruppen, wie die Verteilung der gemeinsamen Besitztümer (z. B. Kaugummis, Zigaretten oder Spielkarten) geregelt ist – falls es denn überhaupt gemeinsame Besitztümer gibt und nicht ausschließlich auf Privateigentum gesetzt wird (was ebenfalls eine bestimmte Entscheidung im wirtschaftspolitischen Bereich wäre).

Petrik zeigt nun, dass die vier großen politischen Grundorientierungen der modernen Demokratie – Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus und Anarchismus/Libertarismus – in einer bestimmten und zusammenhängenden Art und Weise auf die zehn soziopolitischen Grundfragen antworten und sich deshalb in einem Koordinatensystem einordnen lassen. Die Achsen dieses Koordinatensystems werden durch die erwähnten zwei zentralen Bereiche (*Entscheidungsmodus* als gesellschaftspolitische Fragen und *Verteilungsmodus* als wirtschaftspolitische Fragen) definiert. Die Pole beider Achsen sind dann als die Antwortkategorien auf die jeweilige Frage zu verstehen. Es ergibt sich ein Koordinatensystem mit vier Feldern, in dem sich die vier politischen Grundorientierungen einordnen. Als *politischer Kompass* veranschaulicht es Abgrenzungen und gegenseitige Bezüge zwischen unterschiedlichen politischen Ideensystemen (siehe Abb. 1).

Mit dem Kompass wird deutlich, in welchem Wertezusammenhang eine politische Grundorientierung steht. Während sich die *libertäre* (anarchistische) Grundorientierung gesellschaftspolitisch *und* wirtschaftspolitisch »links« zeigt, also Selbstbestimmung und soziale Gleichheit fordert, steht der *Konservatismus* genau gegenteilig »rechts« für eine autoritäre Ordnung *und* marktgesteuerte Wirtschaftsfreiheit. Die beiden anderen Grundorientierungen ver-

orten sich entsprechend »dazwischen«. Die *sozialistische* Grundorientierung beantwortet zwar die wirtschaftspolitische Konfliktlinie »links«, in dem sie genau wie der Libertarismus auf Umverteilung und politisch gesteuerte Regulierung der Wirtschaft setzt, jedoch (und das mag überraschen) steht der Sozialismus in gesellschaftspolitischen Fragen »rechts«, wenn es um Entscheidungen und soziale Steuerung geht. Der Sozialismus fordert die starke (Arbeiter- und Bauern-)Partei als zentrale Instanz, die den im Produktionsprozess unterdrückten Menschen unterstützt und ist damit Befürworter einer klaren Autorität. Selbstverständlich ist dies nicht dieselbe Autorität wie im Konservatismus, der eher auf Tradition, Vaterland und Religion setzt – das Prinzip einer gesellschaftlichen Ordnung über Autorität ist aber das gleiche.

Der *Liberalismus*, der bezüglich seiner theoretischen Ausarbeitung als die älteste der vier Grundorientierungen gelten kann, steht in Entscheidungsfragen und Verteilungsfragen genau gegenteilig zum Sozialismus. Klassische Liberale fordern einen schmalen Staat, der in den freien Verkehr der Individuen und Wirtschaftsakteure nur rahmensetzend eingreift. Diese Idee entspricht einem selbstbestimmten Individuum und ist wiederum ähnlich zur Antwort des Anarchismus/Libertarismus. Gleichzeitig und vom Anarchismus abgrenzend setzen Liberale aber in Fragen der Güterverteilung auf die Kraft der »unsichtbaren Hand«, wie der Urvater des Liberalismus Adam Smith es ausdrückte. Im freien Wettbewerb, in dem der Markt und kein politisches Kollektiv die Verteilung der Güter regelt, sollen sich (Wirtschafts-)Subjekte frei entfalten können. Diese Ansicht wiederum teilt sich der Liberalismus mit dem Konservatismus, der ebenfalls auf Markt und Privateigentum setzt.

Der politische Kompass verdeutlicht darüber hinaus, dass es sich um Ideensysteme *innerhalb des demokratischen Konsenses* handelt, der zumindest in Deutschland mit den Begriffen »Rechtsstaat«, »Demokratie« und »soziale Marktwirtschaft« beschrieben werden kann. Jede Grundorientierung kennt aber auch *nichtdemokratische* Ausprägungen, die diesen Konsens verlassen. ►

2 Vgl. Petrik 2013, S. 159f.

Literatur

Andreas Petrik: *Von den Schwierigkeiten, ein politischer Mensch zu werden. Konzept und Praxis einer genetischen Politikdidaktik*. Budrich, 2013

Wolfgang Klafki: *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik*. Beltz, 2007

Tony Booth und Mel Ainscow: *Index for inclusion. Developing learning and participation in schools*. 3. ed., substantially revised and expanded. Centre for Studies on Inclusive Education, 2011

Ines Boban und Andreas Hinz (Hg.): *Index für Inklusion. Lernen und Teilhabe in der Schule der Vielfalt entwickeln*. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2003 (Online verfügbar unter www.eenet.org.uk/resources/docs/Index%20German.pdf)

Montag Stiftung: *Inklusion vor Ort. Der Kommunale Index für Inklusion – ein Praxishandbuch*. Dt. Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, 2015

Ines Boban, Robert Kruschel, Anja Wetzel: *The Marriage of Inclusive and Democratic Education – Überlegungen zur Synergie zweier Diskurse*. In: Simone Seitz u. a. (Hg.): *Inklusiv gleich gerecht?* Klinkhardt, 2012, S. 174-179

Ines Boban, Andreas Hinz: *Schlüsselemente inklusiver Pädagogik – Orientierungen zur Beantwortung der Fragen des Index für Inklusion*. In: Hannelore Knauder, Franz Feiner und Hubert Schaupp (Hg.): *Jede/r ist willkommen! Die inklusive Schule – theoretische Perspektiven und praktische Beispiele*. Leykam, 2012, S. 53-65, hier S. 55f.)

Hans Wocken: *Frei herumlaufende Irrtümer. Eine Warnung vor pseudoinklusive Betörungen*. In: Ders. (Hg.): *Im Haus der inklusiven Schule. Grundrisse – Räume – Fenster*. Feldhaus, 2014

Der Stalinismus (oder Kommunismus) entspricht als totalitaristische Variante des Sozialismus dem, wovon der Anarchismus historisch gewarnt hatte: einem übersteigerten und undemokratischen Glauben an die Kraft der Autorität. Der Anarchismus kennt in Chaos und Egozentrismus seine nicht-demokratische

Ausprägung (das, was heute unter Anarchismus oft verstanden wird). Nationalsozialismus bzw. Faschismus kann als nichtdemokratisch pervertierte Form eines übersteigerten Konservatismus (Orientierung an Vaterland und »alten« Autoritäten) gedeutet werden. Der Manchester-Liberalismus oder auch Neoliberalismus, der bei zu hohem Vertrauen in die Kraft des freien Marktes den Schutzauftrag des Staates gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten vergisst, kann als undemokratische Variante des Liberalismus gelten.

Inklusion »antwortet« auf die zehn soziopolitischen Grundfragen

Die Diskussion um Inklusion ist auch im pädagogischen Feld ein sehr vielschichtiges Bild. Es kann natürlich auch hier nicht behauptet werden, den *einen* wahren Inklusionsdiskurs heranzuziehen, um Antworten auf die zehn soziopolitischen Grundfragen zu finden. In der pädagogischen Debatte um Inklusion lassen sich aber in der Tendenz wiederkehrende Muster beobachten, die hier verdichtet – und eher als Thesen denn als »fertige« Antworten – dargestellt werden. Neben einigen bedeutenden Vertretern des Inklusionsdiskurses soll sich dabei v. a. auf die verschiedenen Varianten des *Index für Inklusion* gestützt werden. Der *Index für Inklusion* ist ein Instrument zur Entwicklung von Organisationen und bezieht sich ausdrücklich auf ein weites Inklusionsverständnis. Er fordert Teilhabe für *alle* Beteiligten in allen Bereichen der Organisation bzw. Kommune. Der *Index für Inklusion* stammt ursprünglich aus England, wo er von den beiden Professoren für Pädagogik Tony Booth und Mel Ainscow für den schulischen Bereich entwickelt worden ist. Gemeinsam mit einem größeren Autorenteam haben Ines Boban und Andreas Hinz diesen *Index für die deutschen Verhältnisse* adaptiert und herausgegeben. Neben dem *Index für Schulen* existieren mittlerweile weitere Varianten für Kindertagesstätten und für Kommunen.

These 1: Inklusion setzt auf größtmögliche Partizipation und Veränderung »von unten«: Teilhabe und Teilnahme sind

Schlüsselbegriffe von Inklusion. Sie dienen häufig dazu das Konzept zu definieren. So bestimmt beispielsweise der *Index für Inklusion* als »größtmögliche Teilhabe«. Unter Teilhabe wird aber nicht nur eine reine Anwesenheit in verschiedenen Bereichen menschlichen Zusammenlebens verstanden, sondern auch die Möglichkeit, in Entscheidungsprozesse involviert zu sein. Mitbestimmung ist ein weiterer wichtiger Ankerpunkt von Inklusion. Da demokratische Schulen mit ihrem Höchstgrad an Schülerpartizipation hier sehr weit vorangehen, werden diese Bildungshäuser als sehr inklusionsorientiert bezeichnet. Hinzu kommt, dass in der Inklusionsdebatte der Prozess zur Veränderung in Richtung Inklusion basisdemokratisch, also »von unten«, gedacht wird. Alle Versionen des *Index für Inklusion* verstehen unter inklusiven Entwicklungsprozessen, dass man die Dinge selbst in die Hand nimmt, mit gutem Beispiel und der Kraft von Freiwilligen vorangeht und nicht erst auf bessere Rahmenbedingungen hofft. Inklusion ordnet sich durch diese Betonung von Partizipation und Eigeninitiative als Antwort auf die erste soziopolitische Grundfrage links auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie ein.

These 2: Inklusion betont Formen dialogischer Konfliktlösung im Sinne einer Resozialisierung: Hinweise auf inklusive Vorstellungen, wie pädagogisches Strafen ausgestaltet werden soll, finden sich im *schulischen Index für Inklusion*. Vermindert werden soll der Ausschluss aus der Gemeinschaft als Strafe. Gefordert wird eine Hinwendung zu Strafprinzipien, die auf Wiedereingliederung und Rehabilitation abzielen. Gewaltfreiheit soll als Grundprinzip generell die menschliche Kommunikation in inklusiven Settings prägen. Zur Konkretisierung dieser Programmatik schlagen Ines Boban und Andreas Hinz (2008) die *Gewaltfreie Kommunikation* nach Marshall B. Rosenberg vor. Auch mit dieser Antwort gehört Inklusion in den linken Bereich auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie.

These 3: Inklusion verhält sich sensibel und anerkennend gegenüber religionsbedingter Heterogenität: Diese Feststellung ist wichtig, weil es demgegenüber in der sozialistischen Grundorientierung eine



Inklusion sieht alle als zugehörig an und betont die Toleranz gegenüber der Vielfalt individueller Lebensentwürfe.

ausgeprägte Ablehnung gegenüber Religion gibt. Die sozialistische Ablehnung von Religion lässt sich in der Inklusionsdebatte so nicht finden. Dort wird Religion bzw. Glauben als ein Merkmal von vielen aufgefasst, das Menschen unterscheidet, das Heterogenität bzw. Vielfalt begründet. Inklusion fordert generell eine anerkennende Haltung gegenüber Vielfalt und damit auch gegenüber einer solchen, die religionsbedingt ist. Dabei wird keine bestimmte Religion besonders hervorgehoben und über andere gestellt. Mit dieser Antwort befindet sich Inklusion ebenfalls im linken Bereich der gesellschaftspolitischen Konfliktlinien.

These 4: Inklusion betont die universelle Zugehörigkeit aller: Dies ist ein eindeutiger Punkt: Inklusion sieht per Definition alle als zugehörig an. Das wird einerseits als immer schon bestehende Realität formuliert: Eigentlich gehören alle dazu, aber bestimmte strukturelle Barrieren verhindern das heterogene Zusammensein. Andererseits ist die universelle Zugehörigkeit immer auch Ziel von Inklusion: Barrieren, die Teilhabe und Zugehörigkeit der Verschiedenen verhindern, sollen in Kitas, Schulen, Kommunen und schlussendlich in der gesamten Gesellschaft überwunden werden. Auch hier antwortet Inklusion im Sinne des linken Pols gegen eine Ausgrenzung durch hierarchische Strukturen.

These 5: Inklusion betont Rollenemanzipation und körperbezogene Freiheit: Inklusion betont Toleranz gegenüber der Vielfalt individueller Lebensentwürfe. Auch hierfür finden sich Hinweise im *schulischen Index für Inklusion*. Strukturell unterschiedliche Familiensituationen sollen als gleichwertige Modelle vermittelt werden. Homophobie und Sexismus gilt es einzudämmen. Geschlechterrollen und sexuelle Orientierungen werden als legitime und gleichwertige Unterscheidungsmerkmale in der Gemeinschaft der Verschiedenen aufgefasst. Die besonders dem Konservatismus wichtige Fokussierung auf die heterosexuelle Familie als Basis der Gesellschaft findet sich nicht in der Inklusionsdebatte. Inklusion steht mit dieser impliziten Werthaltung einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Ordnung links auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie.

These 6: Inklusion betont Selbstverantwortung und Mitbestimmung auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen: Leider existiert noch kein Index für Wirtschaftsunternehmen, der eine deutlichere Antwort auf diese und die nächste Frage geben würde. Im *Kommunalen Index* wird dieser Bereich aber auch mit angesprochen. Für privatwirtschaftliche Unternehmen werden Beteiligung und Mitbestimmung durch die Angestellten, eine anerkennende »Führungskultur«

sowie größtmögliche Entscheidungsspielräume für die Mitarbeiter gefordert. Mit diesen Positionen in Richtung flacher Hierarchien und innerbetrieblicher Partizipation tendiert Inklusion links auf der wirtschaftspolitischen Konfliktlinie.

These 7: Inklusion ist kritisch gegenüber einer rein leistungsbezogenen Entlohnung und Verteilung von gesellschaftlichen Zugängen: Diese Frage und ihre ganz bestimmte Ausgestaltung ist ein Kernpunkt des Liberalismus. Löhne und die Verteilung der knappen gesellschaftlichen Positionen sollen dort rein leistungsbezogen organisiert werden, im Sinne eines freien Wettbewerbs der Individuen. Dabei zeigt sich der Liberalismus tendenziell blind gegenüber den unterschiedlichen und teilweise auch fehlenden individuellen oder materiellen Voraussetzungen mancher Menschen(-gruppen), an diesem Wettbewerb überhaupt mit fairen Chancen teilnehmen zu können. Inklusion fokussiert demgegenüber die schwierige Situation bestimmter marginalisierter – oder eben exkludierter – Gruppen. Hier werden eher Ideen angeglicherer Einkünfte bevorzugt – beispielsweise zu erkennen an der in der Inklusionsdebatte zu beobachtenden Sympathie für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Auch hier tendiert Inklusion nach links auf der wirtschaftspolitischen Konfliktlinie. ▶

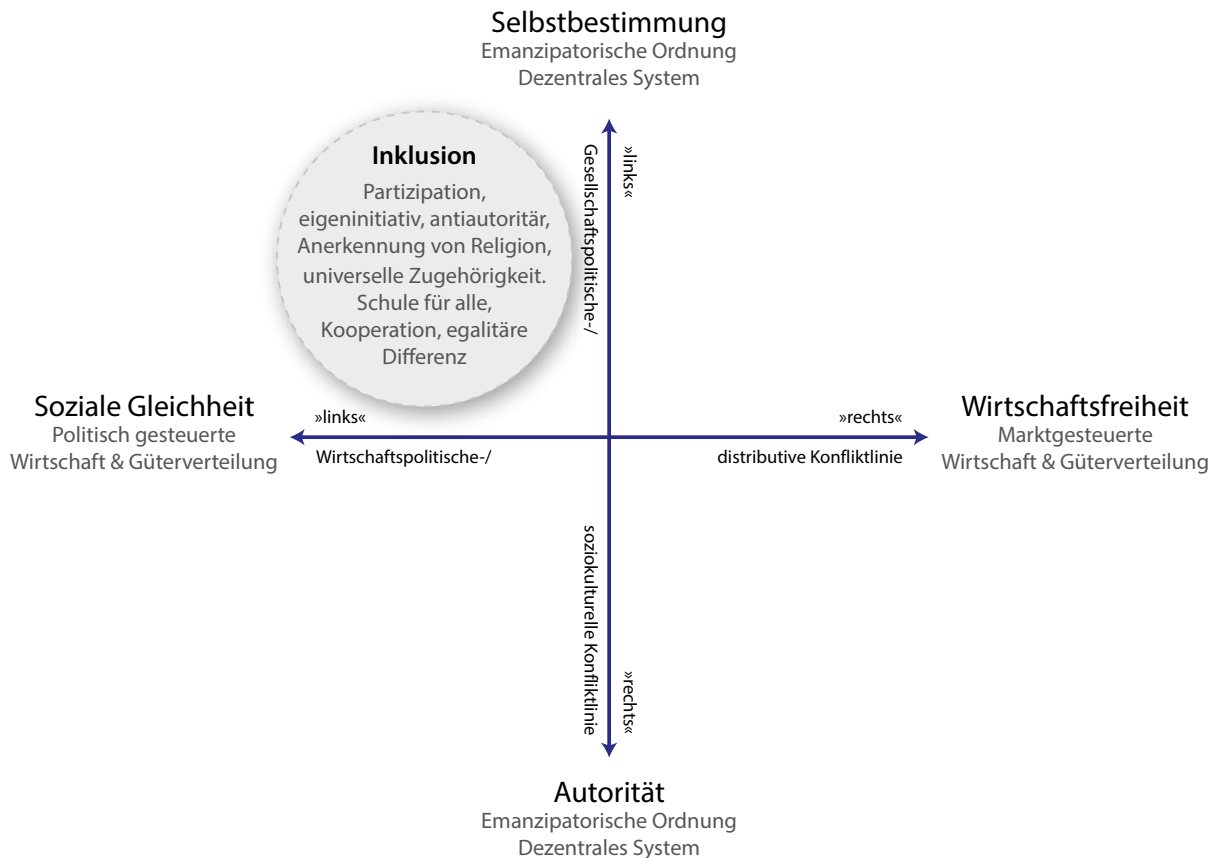


Abb.2: Inklusion im politischen Kompass nach Petrik.

These 8: Inklusion fordert gemeinsame Bildung und betont Anerkennung und Kooperation: Hier handelt es sich wieder um einen Kernpunkt von Inklusion. Fortschritt ist für Inklusion keine Sache, die über Konkurrenz und klare Hierarchien gedacht wird, sondern durch Kooperation und gegenseitige Unterstützung. Das in Deutschland sehr ausgeprägte trennende Schulsystem mit vier oder drei verschiedenen Schularten folgt eher einer konservativen Logik. Eine Grundprämisse des Konservatismus ist es, dass Unterschiedliches auch unterschiedlich behandelt werden soll. Diese Prämisse steckt hinter dem separierenden Schulsystem und seinem Anspruch, den ungleichen Individuen eine andere Art von Bildung zukommen zu lassen. Die überwiegende Mehrheit der Inklusionsvertreter lehnt das trennende Schulsystem ab. Wie der Erziehungswissenschaftler Hans Wocken formuliert, ist der Slogan einer »Schule für alle« wenn auch nicht bis zum Ende konkretisiert, so doch eine »Art Fahne, hinter der sich eine inklusionsorientierte Gemeinde versammelt.«³ Die inklusive Idee der gemeinsamen Beschulung

entspricht einer ökonomischen Umverteilung. Spätestens seit PISA ist bekannt, dass das separierende Schulsystem Deutschlands entscheidend zur Verfestigung vorhandener sozialer Unterschiede beiträgt. Durch dessen Ablehnung befindet sich Inklusion auf der linken Seite der wirtschaftspolitischen Konfliktlinie.

These 9: Inklusion betont die Notwendigkeit der Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen: Auch hierfür finden sich einige Hinweise in den verschiedenen Versionen des *Index für Inklusion*. In der Ausgabe für Kommunen gibt es einen Bereich »Umwelt und Energie.« Dort betonen zahlreiche Fragen umweltschutzbezogene Konzepte wie Nachhaltigkeit, regenerative Energiequellen und ressourcenschonendes Verhalten. Im englischen Index für die Schule wird »Nachhaltigkeit« als zentraler inklusiver Wert aufgeführt. Der Erhalt der Umwelt wird dort mehrfach im Bereich für ein inklusives Curriculum betont. Mit diesem Fokus auf ökologische Aspekte steht Inklusion ebenfalls auf der linken Seite der wirtschaftspolitischen Konfliktlinie, da der Schutz der Umwelt immer auch eine »Zähmung« freier Marktkräfte bedeutet.

These 10: Inklusion basiert auf einem Menschenbild, das diesen als frei, ungleich (auf Basis gleicher Rechte), wandelbar, kooperativ, gut und friedliebend bestimmt: Wie erwähnt ist es schwierig, implizite Menschenbilder zu bestimmen, die sich eher »zwischen den Zeilen« zeigen. Inklusion ist ein forderndes, ein normatives Konzept: Es formuliert aus, wie Schulen, Kommunen oder Gesellschaften als Ganzes aussehen sollen. In diesen Forderungen dokumentiert sich das inklusive Menschenbild, da implizit davon ausgegangen wird, dass der Mensch als solches auch zu all dem was sein soll prinzipiell in der Lage ist. Etwas oberflächlich formuliert kann das inklusive Menschenbild zusammengefasst werden als: frei (Umstände, die den Menschen unfrei halten und dessen Potenziale behindern, werden kritisiert und sollen abgebaut werden), ungleich (auf der Basis gleicher Rechte wird eine zu tolerierende Verschiedenheit betont), wandelbar (und nicht von Geburt an festgelegt), kooperativ, gut und friedliebend (indem solidarische Werte wie Fairness, Offenheit und Respekt eingefordert werden).

Nun kann man sicherlich diese Liste an Thesen für verkürzt halten und hier und da Details kritisieren. Es wäre ein

³ Vgl. Wocken, 2014, S. 101-127.

spannendes aber auch äußerst umfangreiches Unternehmen, alle Antworten im vielschichtigen Inklusionsdiskurs bis aufs Letzte zu belegen. Für die folgende Einordnung von Inklusion in den politischen Kompass ist keine Richtigkeit im Detail notwendig. Ausschlaggebend ist eine generelle, verbindende Tendenz über die vielen Details hinweg. Damit ergibt sich dann das Bild in Abb. 2.

Inklusion befindet sich also im selben Quadranten wie die politische Grundorientierung des Anarchismus/Libertarismus. Beide politische Ideen sind sowohl gesellschaftspolitisch als auch wirtschaftspolitisch geistig eng verwandt. Die Einordnung zeigt gleichzeitig eine eindimensionale Nähe von Inklusion zu anderen politischen Grundorientierungen auf. Inklusion und Liberalismus (Quadrant rechts-oben) sind im Sinne der Selbstbestimmung als Verneinung starker (staatlicher) Autoritäten auf der gleichen Seite. Mit dem Sozialismus (links-unten) verbindet Inklusion die wirtschaftspolitische Idee der Umverteilung. Dies verdeutlicht sich in der bildungspolitischen Forderung der Parteien in sozialistischer Tradition nach einer Schule für alle. Am wenigsten vereinbar ist Inklusion mit dem Konservatismus (rechts-unten), was an vielen Beispielen verdeutlicht werden könnte, aber wohl am augenscheinlichsten in den Grundprämissen beider Ideensysteme zeigt: Konservative fassen die bestehende Ordnung als überwiegend unproblematisch und damit verteidigungswürdig auf. Aus einer konservativen Logik heraus kann der auf eine normative Veränderung ausgerichtete Impetus von Inklusion nur schwer nachvollzogen werden.

Was zeigt die Nähe von Inklusion und Anarchie?

Mit einer Bestimmung von Inklusion als anarchistisches bzw. libertäres Projekt lässt sich eine bedeutsame – nämlich politische – Seite des nicht nur als pädagogisch zu verstehenden Konzepts klarer heraus stellen. Der Anarchismus kann als eine wichtige Ideenquelle für Inklusi-

on betrachtet werden. Leider ist mit der angesprochenen Diffamierung des Anarchismus und seinem damit einhergehenden Verschwinden aus zahlreichen Abhandlungen zur politischen Ideengeschichte dieser wichtige Ideengeber ver-

Der Anarchismus kann als Ideenquelle für Inklusion betrachtet werden.

schüttet. Inklusion kann sich an aktuellen libertären Projekten orientieren und Inspiration für die Konkretisierung der eigenen Forderungen suchen. Eine gemeinsame Herausforderung aller libertären Projekte ergibt sich aus deren Grundprämisse, gesellschaftliche Veränderung nicht durch (gewaltsamen) Umsturz bzw. von oben zu »erzwingen«, sondern über die freiwillige Initiative Einiger die ersehnten Umstände vorzuleben und durch gutes Beispiel weiter ausbreiten zu lassen. Auch Inklusion fordert häufig das Engagement und eine Veränderung der individuellen Einstellungen entscheidender Akteure – in Schulen also der Lehrkräfte – und lässt die Diskussion um staatliche Rahmenbedingungen teilweise etwas zurücktreten. Dass diesem Ansatz in einem modernen hierarchisch organisierten Staatswesen Grenzen gesetzt sind, versteht sich von selbst.

Die hier attestierte Nähe von Inklusion und Anarchismus bedeutet aber auch, dass sich beide gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen die gleichen Widersprüche teilen. Sich mit diesen Widersprüchen auseinander zu setzen, kann helfen, eigene blinde Flecken zu diagnostizieren und zu überwinden. Inklusion könnte sich stärker fragen, ob nicht die Rolle von Autoritäten bei der Umsetzung bzw. Verhinderung inklusiver Veränderungen stärker zu fokussieren ist? Könnte es nicht sein, dass Inklusion an einem ähnlich idealisierten und teilweise unrealistischen Menschenbild wie der Anarchismus festhält, mit all den Enttäuschungen, die in der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit damit einhergehen? Ist in einem eher sozialistischen Sinn

nicht stärker die »harte« Verteilungsfrage, die sich in der Schulstrukturdebatte zeigt, ins Zentrum zu rücken? Der Hamburger Volksentscheid 2010, durch den eine gut organisierte Hamburger Mittelschicht den Bürgerschaftsbeschluss und einen sehr inklusionsbezogenen Wert zu einem längeren gemeinsamen Lernen einkassiert hatte, zeigt einen weiteren Widerspruch libertärer Projekte: Basisdemokratische Verfahren sind kein Allheilmittel, privilegierte Schichten können ihren Organisationsvorteil nutzen und unsolidarische, nicht inklusive Ideen durchsetzen.

Die angesprochenen Widersprüche sind aber kein Plädoyer dafür, den Ideengeber Anarchismus/Libertarismus als unzulänglich »links« liegen zu lassen (alle politischen Grundorientierungen tragen Selbstwidersprüche und blinde Flecken in sich). Vielmehr ist sich diesen Widersprüchen bewusst zu sein und mit Blick auf den historischen und aktuellen Anarchismus nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die Entdeckung und Wiederbelebung dieser wichtigen Ideenquelle ist dann besonders wichtig, wenn es tatsächlich nicht mehr »nur« um schulische oder andere institutionelle Reformen gehen soll, sondern um die Gesellschaft als Ganzes. Der Anarchismus ist die einzige politische Grundorientierung, die Gleichheit unter den Menschen ohne Autorität denkt und hat damit einen Kerngedanken von Inklusion seit langem vorgedacht.

Dieser Artikel basiert auf einem Beitrag, der unter dem Titel »Der Ort der Inklusion in den politischen Grundorientierungen der modernen Demokratie – ein Diskussionsvorschlag« im Februar 2017 im Tagungsband der Integrations-/InklusionsforscherInnentagung (IFO-Tagung) erscheinen wird. ■

David Jahr

ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Zentrum für Lehrerbildung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Bereich »Inklusion und Heterogenität«. Er lehrt zu Fragen heterogenitätssensibler Didaktik und promoviert im Bereich inklusiver Politikdidaktik.

Impressum

Herausgeber: Sören Kirchner
Chefredakteurin: Sabine Reichelt (sr) (V.i.S.d.P.)
Sören Kirchner (sk)
Layout: Sören Kirchner

Anschrift Redaktion und Verlag:
Redaktion »unerzogen Magazin«
tologo verlag
Aurelienstr. 15
04177 Leipzig
Tel: 0341/49240341 Fax: 0341/49240342
redaktion@unerzogen-magazin.de
www.unerzogen-magazin.de
Geschäftsführer: Sören Kirchner

Anzeigen:
Sören Kirchner
Tel: 0341/49240341 Fax: 0341/49240342
anzeigen@unerzogen-magazin.de
www.unerzogen-magazin.de/anzeigen

Aboservice und Preise:
Preise: Heftpreis: 6,90 Euro, Jahresabo (4 Ausgaben):
24,00 Euro frei Haus innerhalb Deutschlands.
Bei Lieferungen ins Ausland fallen zusätzliche Versandkosten von 2,50 Euro pro Heft an.

Alle Anfragen zum Abonnement bitte an:
Abo-Service »unerzogen Magazin«
Aurelienstr. 15
04177 Leipzig
abo@unerzogen-magazin.de

ISSN: 1865-0872
Redaktionsschluss: 20.11.2016

Übersetzung aus dem Englischen:
sr, Lena Kraus – Seite 48-51

Bilder in diesem Heft:
colourbox.com – Seite 1, 6, 9, 14, 26, 28, 31, 32, 38, 40, 59
Jürgen Fälchle – fotolia.com (Seite 19)
Matthias Müller (Seite 44, 46)
highwaystarz - fotolia.com (Seite 49)

Alle anderen Bilder sind Eigentum der Redaktion oder des jeweiligen Autors bzw. Interviewpartners.

Richten Sie Leserbriefe an:
leserbriefe@unerzogen-magazin.de

Hinweise: Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet; Rücksendung nur gegen Rückporto. Nachdruck der Beiträge nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Zuschriften können (mit Namens- und Ortsangabe, auch auszugsweise) veröffentlicht werden, falls kein Vorbehalt gemacht wird. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden der Vertriebsfirma oder infolge höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autoren selbst verantwortet und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nächstes Heft 4/16: Winter 2016



www.unerzogen-magazin.de